

Erörterung von Fritz W. Scharpfs (Kap. 6) und Joseph H. H. Weilers (Kap. 7) Überlegungen zur Legitimität der EU zu explizieren. Beide streben nach *Gaus*' Lesart eine Legitimation der EU ohne Rückgriff auf das Ideal des demokratischen Rechtsstaats an – Scharpf über das Prinzip der Output-Legitimität und Weiler über das Prinzip der Verfassungstoleranz. *Gaus* argumentiert, dass diese Versuche zu Widersprüchlichkeiten führen, da beiden Autoren der intendierte Verzicht auf das Ideal des demokratischen Rechtsstaats nicht gelingt. Dies deutet er als Indiz für die Gültigkeit der Hypothese, dass das demokratische Legitimationsprinzip im Bewusstsein dieser Autoren, und mithin moderner Gesellschaften im Allgemeinen, fest verankert ist. Auch wenn, wie *Gaus* einräumt, eine empirische Geltungsüberprüfung dieser Hypothese erst noch zu leisten ist, so ist sie nichtsdestotrotz für all jene registrierenswert, die eine Umstellung der Legitimation politischer Herrschaft jenseits des Staates auf andere Prinzipien als das des demokratischen Rechtsstaats für unumgänglich halten.

Markus Patberg

Zweite Rezension

Daniel Gaus vertritt in dem auf seiner Dissertationsschrift beruhenden Buch mit dem Titel „Der Sinn von Demokratie. Die Diskurstheorie der Demokratie und die Debatte über die Legitimität der EU“ folgende These: Die Diskurstheorie der Demokratie in der Version von Jürgen Habermas stellt nicht nur einen Maßstab zur Bewertung politischer Ordnungen bzw. Bedingungen der politischen Kooperation in demo-

kratischen Gesellschaften dar; ihr Wert besteht vielmehr darin, dass sie den demokratischen Rechtsstaat als „Ideal in der Legitimationspraxis moderner Gesellschaften“ (243) identifiziert und damit als Erklärungsmodell der Funktionsweise sozialer Ordnung herangezogen werden kann. Die zentrale Hypothese der Diskurstheorie als einer Theorie der Gesellschaft formuliert *Gaus* folgendermaßen: „Der Begriff des demokratischen Rechtsstaats ist nicht beliebig, sondern orientiert als Bestandteil des kollektiv geteilten Bewusstseins die Legitimationspraxis politischer Ordnung in modernen Gesellschaften“ (13).

Gaus macht in der Habermasschen Diskurstheorie zunächst ein Modell sozialer Praxis aus (Kapitel 1 und 2), welches soziale Integration auf erfolgreiche sprachliche Verständigung zwischen Kommunikationsteilnehmern in Handlungssituationen zurückführt. In der sozialen Praxis haben sprachliche Konsense „eine fundamentale, Geltung begründende Funktion“ (91), indem durch sie Wissen erzeugt wird, das fortan das Verhalten der Kommunikationspartner bestimmt. Für die Garantie der Konsenserzielung spielt die Lebenswelt eine wichtige Rolle, indem sie einen gemeinsamen Kontext darstellt, vor dem kommunikatives Handeln vollzogen wird. Dieses „lebensweltliche Vorverständigtsein“ (28) ist für die Konsenserzielung jedoch dann nicht mehr ausreichend, wenn der Vorgang sprachlicher Verständigung auf die Makroebene sozialer Ordnung übertragen wird. An dieser Stelle kommt der Begriff der Institution als Koordinationsmechanismus ins Spiel (Kapitel 3). Institutionen „wirken [...] als konzentrierte, normative Ordnungen, deren soziale Geltung (qua Konvention oder

Sanktionsmacht) garantiert ist“ (28), wodurch sie einerseits handelnde Subjekte „zur Übernahme von Interaktionsverpflichtungen rational motivier[en]“ (110), andererseits deren Handlungsspielraum eingrenzen.

Die Verbindung zur Bedeutung der Institution des demokratischen Rechtsstaats findet sich im Prozess der gesellschaftlichen Rationalisierung, den *Gaus* in seinen wesentlichen Etappen nachzeichnet (Kapitel 4 und 5). Der demokratische Rechtsstaat kristallisiert sich im Laufe der gesellschaftlichen Rationalisierung als Ideal der Legitimationspraxis moderner Gesellschaften heraus und sichert Konsens sowie soziale Integration, weil er „eine routinemäßige Bewältigung gesellschaftlicher Problemkonstellationen im Einklang mit dem moralisch-praktischen Bewusstsein moderner Rechtsgemeinschaften faktisch ermöglicht“ (207). So liege der Wert der Diskurstheorie als Erklärungsmodell gesellschaftlicher Ordnung darin, dass sie verdeutliche, „dass sich im kollektiv geteilten Bewusstsein moderner Gesellschaften das Ideal einer legitimen institutionellen Ordnung im Begriff des demokratischen Rechtsstaats verkörpert“ (201), der nicht ohne weiteres durch andere Legitimationsmodelle ersetzt werden könne.

Dass der demokratische Rechtsstaat als Ideal in der Legitimationspraxis moderner Gesellschaften tatsächlich wirksam ist, sieht *Gaus* in den letzten zwei Kapiteln seines Buches bestätigt (6 und 7). Denn laut *Gaus* kommt es immer dann zu kognitiven Dissonanzen, wenn der Versuch unternommen wird, die Legitimität von Rechtsordnungen zu begründen, ohne dabei den Bezug zum demokratischen Rechtsstaat herzustellen (286). Um dies zu

überprüfen, unterzieht *Gaus* in diesen Kapiteln die EU-Legitimationsmodelle von Fritz W. Scharpf und Joseph H. H. Weiler einer kritischen Analyse – allerdings geht aus *Gaus'* Ausführungen nicht hervor, warum er gerade diese beiden Legitimationsmodelle zur Überprüfung der Hypothesen heranzieht. Mit Blick auf Scharpf kritisiert *Gaus* dessen Unterscheidung zwischen den Begriffen Input- und Output-Legitimation, die im demokratischen Rechtsstaat zwar zusammen vorkommen, laut Scharpf aber zwei eigenständige Legitimationsformen darstellen (245f.). Indem Scharpf die Legitimität der EU allein über ihren Output begründet, verwickelt er sich in seiner Argumentation – *Gaus* zufolge – in interne Widersprüchlichkeiten, da er zwar mit zwei getrennten Begriffen von Legitimität operiert, letztlich aber auch in Bezug auf die EU die Input-Legitimität erfüllt sein müsste, um Output-Legitimität zu gewährleisten (263).

In „Der Sinn von Demokratie“ geht es *Daniel Gaus* in erster Linie darum, eine alternative Lesart der Habermasschen Diskurstheorie darzulegen (13f.). Seine Ausführungen in den Kapiteln 1 bis 5 sind logisch aufgebaut und entwickeln schrittweise sein Verständnis dieser Lesart. In seiner Schlussbetrachtung sieht *Gaus* in der Habermas'schen Theorie eine „Schwäche [...] darin, dass sie [...] auf einem hohen Abstraktionsniveau verfährt“ (284). Allerdings bewegen sich auch *Gaus'* Ausführungen auf einem Abstraktionsniveau, das sich nur solchen Lesern vollständig zu erschließen vermag, die bereits mit der Habermasschen Terminologie und der politikwissenschaftlichen Debatte um seine Theorie sehr vertraut sind.

Beim Lesen des Buchtitels sowie der kurzen Buchbeschreibung erhält der

Leser den Eindruck, *Gaus* behandle sowohl die Diskurstheorie als auch – damit verbunden – die Debatte über die Legitimität der EU. Doch wirkt der EU-Abschnitt mit seinen 47 Seiten eher als Anhängsel, denn als „Debatte über die Legitimität der EU“. *Gaus* betont zwar im Ausblick, dass die beiden Analysen zu Scharpf und Weiler ergänzungsbedürftig bleiben und nicht beanspruchen können, „die diskurstheoretischen Hypothesen einer Geltungsüberprüfung unterzogen zu haben“ (286); in diesem Fall sind jedoch der Buchtitel, wenigstens aber die Buchbeschreibung des Verlages schlichtweg irreführend.

Antonia Geisler

der Judenfeindschaft werden jenseits der Rechtsextremismusforschung überwiegend mit den Methoden quantifizierender Meinungs- und Einstellungsforschung gemessen. Erst in letzter Zeit werden diese Phänomene verstärkt auch mit empirischen Methoden qualitativer Sozialforschung in den Blick genommen.

Einige der interessantesten Zwischenergebnisse bei der qualitativen Erforschung des Antisemitismus als Gegenwartsphänomen finden sich in dem Band „Aktueller Antisemitismus – ein Phänomen der Mitte“, der von der Literaturwissenschaftlerin *Monika Schwarz-Friesel* und den Historikern *Evyatar Friesel* und *Jehuda Reinharz* herausgegeben worden ist. Der Titel ist durchaus programmatisch zu verstehen, wie die Einleitung der Herausgeberin und ihrer beiden Mitherausgeber verdeutlicht: „Antisemitismus ist weder primär als historisches Phänomen noch vorrangig als eine Einstellung von Extremisten zu bewerten. Antisemitismus ist kein Phänomen von Randgruppen, sondern stellt ein spezifisches Vorurteilssystem dar, dessen Stereotype und negative Abwehrgefühle auch in weiten Teilen der bürgerlichen Mitte verankert sind“ (1).

Das Forscherinnen- und Forscherteam um *Schwarz-Friesel* hat insofern einen neuen methodischen Ansatz gewagt, als es sich vom Zentralrat der Juden in Deutschland sowie von der israelischen Botschaft sämtliche in den Jahren 2002 bis 2009 eingegangenen unaufgeforderten Zuschriften – ob positiv, negativ oder ohne Wertung – zur Verfügung stellen ließ. In dem so gewonnenen Datenmaterial fanden sich Formen judentfeindlicher, antisemitischer und antiisraelischer Vorurteile in sehr direkter, offener und massiver Weise. Ein Teil

Politikfelder und Politikimplementierungen

**Schwarz-Friesel, Monika und Evyatar Friesel und Jehuda Reinharz (Hrsg.).
Aktueller Antisemitismus – ein Phänomen der Mitte.** Berlin/New York. Walter de Gruyter 2010. 254 Seiten. 70 €.

Die sogenannte Antisemitismusforschung hat sich in Deutschland wie international zu einem eigenen Forschungsfeld entwickelt, das mit den Quellen und Methoden unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen beackert wird. Neben einer breiten historisch orientierten Forschung ist insbesondere die Debatte um eine adäquate theoretische Durchdringung des Gegenstands – häufig ausgehend von klassischen Studien zum Antisemitismus, wie etwa von Horkheimer/Adorno oder Hannah Arendt – in den vergangenen Jahren vorangebracht worden. Aktuelle Erscheinungsformen